

**Niederschrift**  
**29. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen**  
**DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**  
**DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 07.07.2004
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

---

**Anwesend waren**

**vom Ausschuss:**

Herr Chatzievgeniou,	SPD	
Frau Dersch,	CDU	für Herrn Kissel
Frau Gottschaldt,	PDS/ML	
Frau Gottschlich,	CDU	
Frau Lotz-Halilovic,	SPD	
Frau Mehnert,	CDU	
Frau Perabo, Dr. (Vorsitzende)	B 90 / Die Grünen	
Herr Schäfer,	B90 / Die Grünen	
Herr Schwindack,	BfM / FDP	(Zählgemeinschaft)
Herr Severin,	SPD	
Herr Kissel,	CDU	entschuldigt
Frau Wölk,	SPD	entschuldigt

**vom Magistrat:** Herr Stadtrat Dr. Kahle

**vom Ausländerbeirat:** Frau Engel

**vom Seniorenbeirat:** Herr Weiershäuser

**von der Agenda Soziales:** Frau Bastan Bahreini

**von der Verwaltung:** Frau Volkert, Frau Siegel-Engelmann, Herr Pöppler und Herr Bardelmann, Herr Backes und Herr Meyer (FB Familie, Jugend und Soziales)

**von der Presse:** je ein Vertreter/in der Oberhessischen Presse und der Marburger Neuen Zeitung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Stadtrat Dr. Kahle bittet die Mitglieder unter TOP 3 einen Entwurf über die Beschlussvorlage „Regelungen zur Personalüberleitung der Beschäftigten der Stiftung St. Jakob auf die neuen Gesellschaften“ zur Kenntnis vorzulegen. Die Vorsitzende

schlägt vor, ebenfalls unter TOP 3 kurz die Änderungen bzgl. der Umsetzung von Hartz IV aufgrund der Einigung im Vermittlungsausschuss zu behandeln.

Gegen die so ergänzte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

## **Protokoll:**

### **TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2004**

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

### **TOP 2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ausbau der Tagesbetreuung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe Vorlage: VO/0431/2004**

Frau Gottschlich spricht für den Antrag. Stadtrat Dr. Kahle und Herr Meyer (Jugendhilfeplaner) erläutern die wesentlichen Veränderungen, die durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) ab 01.01.2005 auf die Stadt Marburg zukommen könnten. Der Schwerpunkt des TAG liegt in der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren. Die dort genannten Bedarfskriterien sollten im Grundsatz auch auf den Bereich der Schulkinder und der Kinder vom 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt gelten (siehe §§ 22a, 24 und 24a TAG die der Niederschrift beigelegt sind).

Herr Meyer erklärt weiterhin, dass die im TAG definierten Bedarfskriterien bereits bei der Schätzung an Betreuungsplätzen für Kinder bis 3 Jahren, die im letzten Jahr im Konzept „KIT – Krippenplätze in Tagespflege“ vorgelegt wurden, Anwendung fanden. Eine genauere Bedarfsanalyse könnte auf diesem Teil des KIT-Konzepts aufbauen.

Nach Beantwortung weiterer Fragen der Mitglieder wird der Antrag einstimmig angenommen.

### **TOP 3 Mitteilungen des Magistrats**

#### **a) Stiftung St. Jakob**

Stadtrat Dr. Kahle gibt den Mitgliedern einen Entwurf über die Beschlussvorlage „Regelungen zur Personalüberleitung der Beschäftigten der Stiftung St. Jakob auf die neuen Gesellschaften“ zur Kenntnis und erläutert den Inhalt. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

#### **b) Hartz IV**

Stadtrat Dr. Kahle berichtet von der Teilnahme an einer Sitzung der Landräte und Oberbürgermeister am Montag, 05.07.2004 im Hess. Sozialministerium bei der Frau Ministerin Lautenschläger die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss erläuterte und was die Umsetzung des Konzeptes Hartz IV für Hessen bedeutet. Die Neuregelungen sehen eine Experimentierklausel vor, nach der 69 Kommunen in der Bundesrepublik von der Option gebrauch machen können. Die Zahl der Kommunen die in Hessen optieren können, liegt entsprechend der Stimmenver-

teilung der Länder im Bundesrat bei 5 Kommunen. Sollten in einem Bundesland nicht genügend Kommunen optieren wollen, fallen diese Optionsmöglichkeiten den anderen Bundesländern zu. Frau Ministerin Lauterschläger ging davon aus, dass 6 – 7 Kommunen die Option wahrnehmen können. Stadtrat Dr. Kahle machte weiterhin deutlich, dass in Hessen mehr als 5 Kommunen optieren wollen. Aller Voraussicht nach wird sich der Landkreis Marburg-Biedenkopf auch um die Option bemühen. Eine endgültige Beschlussfassung des Kreistages liegt noch nicht vor. Die letzte Kreistagssitzung vor der Sommerpause wird am 16.07.2004 stattfinden. Die Antragsunterlagen der jeweiligen Kommunen müssen am 15.08.2004 beim Land vorliegen. Die Auswahl der Landesregierung und eine Reihung evtl. Nachrücker muss bis 15.09.2004 im Bundesministerium vorliegen.

**TOP 4    Verschiedenes**  
Es wird nichts vorgetragen.

**Marburg, 07.07.2004**

**Vorsitzende:**

**Dr. Christa Perabo**  
**Stadtverordnete**

**Protokoll:**

**Uwe Pöppler**  
**Amtsrat**